

## **Jahresrückblick und Jahresvorausschau: Auch Bremen bleibt in 2023 massiv gefordert**

### ***Herausforderungen durch sich überlagernde Krisen***

Ernsthaft kann niemand behaupten, er habe das alte Jahr mit seinen Herausforderungen schon komplett verarbeitet. Die Polykrise mit ihren unterschiedlichen Auswirkungen wirkt übermächtig in den Jahresanfang hinein. Die drei I-Krisen, die sich wechselseitig im letzten Jahr verschärft haben, prägen auch 2023: Infektion steht für Corona, Intervention für Putins aggressiven Eroberungskrieg in der Ukraine und Inflation für Geldwertverluste vor allem durch die explodierenden Energie- und Rohstoffpreise. Überlagert werden diese Krisen durch die bedrohlich voranschreitende Klimakrise. Ökosysteme kippen mit katastrophalen Auswirkungen etwa durch verheerende Unwetter, Dürren und brennende Regionen. Dabei steht Deutschland seit der Energiekrise vor einem gefährlichen Dilemma. Einerseits zwingt die CO<sub>2</sub>-getriebene Klimakrise zum beschleunigten Ausstieg aus der fossilen Energie. Andererseits fehlt die Zeit, die gebraucht wird, das ökologisch Richtige ökonomisch und sozial auch realisieren zu können. Dafür stehen die gestoppten Lieferungen von Gas aus Russland. Ökologisch eigentlich gut, sozial und ökonomisch jedoch eine Katastrophe. Ohne schnelle Gegenmaßnahmen wäre der ökonomische Absturz wegen der über Jahre gewachsenen Abhängigkeit vom Gas die Folge. Die ökonomische Krisenwucht des plötzlichen Gasverlustes verlangt Gegenmaßnahmen, die kurzfristig jedoch das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit aufschieben. Dafür steht der Bau von Terminals für Flüssiggas. Immerhin überrascht die planerisch-logistische Schnelligkeit, mit der diese Ersatzlösung geschaffen worden ist. Politik hat auch begriffen, dass mit staatlichen Hilfsprogrammen die an sich gesunde Substanz der Wirtschaft zugunsten der unverschuldet in die Krise geratenen Unternehmen gerettet werden muss. Schließlich hat der Staat die Aufgabe angenommen, gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft durch wachsende Armut bis in die Mittelschicht hinein mit Entlastungsprogrammen zu helfen. Wie der Vergleich der Warenkörbe zeigt, die Inflationslast ist bei den einkommensschwachen Familien am größten. Zu Recht sind Rettungsprogramme für die unverschuldet in Not geratenen Unternehmen und soziale Hilfsprogramme für die privaten Haushalte mit drei Entlastungspaketen und dem „Doppel-Wumms“ mit insgesamt bis zu 400 Mrd. € aufgelegt worden. Die Bundesländer und die Kommunen haben ihre ergänzenden Programme hinzugefügt. Auch das Land

Bremen stellte Kleinbetrieben vor allem mit hohem Energieverbrauch gesondert Überbrückungsgelder zur Verfügung. Sicherlich sind bei der Wahl der vielen Instrumente dieser Rettungspolitik auch Fehler gemacht worden. Die Gaspreisumlage, die erfreulicherweise noch gestoppt werden konnte, gehört dazu. Der Tankrabatt, der mehr als 3 Mrd. € kostete, war ein Flop, von dem die Mineralölmonopole profitiert haben. Auch trifft die Kritik von der unzureichenden sozialen Zielgenauigkeit vieler Hilfen zu. Warum erhalten Einkommensstarke die Energiepauschale und profitieren von der Gas- und Strompreisbremse, während im Bereich der Einkommensschwachen und Armen die Hilfen zu gering ausfallen?

### ***Politischer Handlungsdruck ohne Blaupause***

Alles in allem hat der Staat überraschend erfolgreich gehandelt. Heute klingt es zynisch, wenn diejenigen, die immer den neoliberalen Nachtwächterstaat zur Stärkung der Marktkräfte gefordert haben, jetzt dessen mangelnden Einsatz kritisieren. Es gab und gibt immer noch keine Blaupause, keine Anweisungen aus dem Lehrbuch für die zum Handeln gezwungene Politik. Auch in 2023 dominiert das „Learning by doing“. Hilfreich dabei ist ein breiter Dialog in der Gesellschaft sowie die Fähigkeit zur schnellen Kurskorrektur bei absehbaren Fehlentscheidungen.

### ***Zeitenwende durch den Krieg gegen die Ukraine***

Die Herausforderungen, die auch das neue Jahr belasten, hat der Bundeskanzler mit dem Wort des Jahres 2022 „Zeitenwende“ treffsicher zusammengefasst. Aufgekündigt ist die jahrzehntelange Hoffnung, mit ökonomischer Kooperation zum Wohle aller beteiligten Staaten wenigstens eine einigermaßen stabile Friedensbasis zu sichern. Unter dem Regime der imperialistischen Expansion Putins hat der Handel endgültig seine Kraft, demokratischen Wandel zu schaffen, verloren. Die Hoffnung, ökonomischer Austausch - nach dem alten Motto Röhren für Russland und Gas für Deutschland - sind schon lange kein Garant mehr für friedliche Kooperation. Das ist auch die bittere Botschaft an die Friedensbewegung in Bremen. Selbstverständlich müssen im soeben begonnenen neuen Jahr alle Möglichkeiten der Rückkehr zum Frieden ausgelotet und genutzt werden. So lange allerdings in der Ukraine ein Vernichtungsfeldzug tobt, muss sich die Ukraine gegen ihren Untergang auch mit Waffen zur Wehr setzen können. Die Hoffnung auf Frieden ohne Waffen auf der Basis der ökonomischen Kooperation, das lässt Russland derzeit nicht zu.

### ***Das gesamtwirtschaftliche Umfeld für das Land Bremen im neuen Jahr***

Auch um die humanen Folgen der durch den Krieg ausfallenden Energielieferungen zu bewältigen, kommt es auf die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Stabilität Deutschlands an. Das gilt auch für das Land Bremen. Und hier gibt es auch ein wenig Optimismus zu vermelden. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind im neuen Jahr nicht so schlecht wie ursprünglich befürchtet. Die Verbrauchpreis-Inflation geht über das gesamte Jahr auf unter 8 % langsam zurück. Die sinkenden Energie- und Nahrungsmittelpreise sind im Vergleich zur Vorkrisenzeit allerdings immer noch viel zu hoch. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird dagegen viel weniger als erwartet zurückgehen. Der befürchtete Absturz der Wirtschaft, die Rezession, bleiben aus. Allerdings kommt es jetzt auch auf die Geldpolitik an. Der geldpolitische Gezeitenwechsel wurde nach elf Jahren mit der Zinswende am 21. Juli im alten Jahr eingeleitet. Sollten die Leitzinsen in diesem Jahr erneut angehoben werden, dann wird noch deutlicher die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belastet werden. Denn die Zinskosten für Kredite steigen weiter. Die Folge ist, Unternehmen die unverschuldet auf Liquidität angewiesen sind, rücken in die Insolvenzzone. Dies beobachten die Banken auch in Bremen. Hierzu zählt auch der geplatzte Traum vom Eigenheimbau infolge nicht mehr bezahlbarer Zinsen. Allerdings wird die Finanzpolitik mit ihren Rettungsprogrammen dazu beitragen, die Produktionswirtschaft zu stärken. In dieser Phase wäre es Gift, die staatlichen Rettungsprogramme nicht mit Krediten, sondern mit steigenden Steuern zu finanzieren. Diese Kreditfinanzierung ist ökonomisch, sozial und ökologisch durchaus zu verantworten. Jeder Euro, der heute sinnvoll zur Stabilisierung per Kreditaufnahme genutzt wird, zahlt sich um ein Mehrfaches aus. Bremen war auch verfassungsrechtlich auf der richtigen Seite, einen Corona-Sonderfonds mit 1,2 Mrd. € per Kreditaufnahme zu finanzieren. Der jetzt geplante Klimafonds mit 3 Mrd. € übernimmt heute die Verantwortung vor allem für ökologisch bessere Lebensverhältnisse der künftigen Generationen. Diese segensreiche Wirkung steht im Widerspruch zu der Ideologie von der Belastung der Menschen durch Staatsverschuldung in der Zukunft. Die gegenüber den Vorteilen erträgliche Zinsbelastung aus der künftigen Wertschöpfung zu finanzieren, ist alternativlos.

Schließlich wird es auch im neuen Jahr nicht zur Massenarbeitslosigkeit kommen. Diese sondergeregelt Kurzarbeit wirkt hier positiv. Der Fachkräftemangel, der kurzfristig entlastet, verlangt dauerhaft eine Lösung. Im neuen Jahr kommt es darauf an, die Geflüchteten soweit wie möglich in den Arbeitsmarkt

unter humanen Arbeitsbedingungen zu integrieren. Bremen sollte mit seiner wissenschaftlichen Kompetenz Pilotmodelle zu dieser arbeitsmarktpolitischen Integration mit bundesweiter Strahlkraft auf den Weg bringen.

### ***Im Lichte der Bürgerschaftswahl: Politik für Alle statt Einzelpunkt- Volksentscheide***

Bremen muss sich erneut auf ein Jahr mit vielen Herausforderungen einstellen. Die Geschäftserwartungen sind nach einer Unternehmensbefragung der Handelskammer Bremen in wichtigen Produktionsbereichen immer noch eher pessimistisch. Der Hafenumschlag vor allem mit Containern wird noch stärker unter Konkurrenzdruck geraten. Die Automobilproduktion steht im Zeichen der riskanten Transformation zur E-Mobilität. Auf das Stahlwerk kommen beim Komplettumbau zu Green Steel auf Wasserstoffbasis nochmals Belastungen zu, die jedoch auch mit EU-Hilfe abgefedert werden müssen. Die immer noch gut aufgestellte Luft- und Raumfahrt steht im Kampf um neue Aufträge in harter Konkurrenz. Der stationäre Handel besonders in der Innenstadt bleibt ein Sorgenkind. Umso wichtiger ist es, dass die Politik die dazu strategisch relevanten Projekte vorantreibt. Dazu gehört die Stärkung der Innenstadt auch durch viele Menschen, die dort künftig nicht nur arbeiten und wohnen, sondern auch studieren. Im neuen Jahr muss entschieden werden, endlich die Schienen für die Straßenbahn aus der Obernstraße zu verbannen. Auch in 2023 sind Konflikte zwischen der Politik und den auf populäre Ein-Punkte-Themen konzentrieren Bürgeraktivitäten gewiss. Parlamentarisch fundierte Politik, die nicht für das spezielle Projekt anerkannt wird, droht durch Volksentscheide zurückgedrängt werden. Sicherlich ist es wichtig, der verfassten Politik durch Bürgerinitiativen und Volksbefragungen auf die Sprünge zu helfen. Aber eine parlamentarisch legitimierte Politik für den gesamten Stadtstaat darf nicht zerbröseln werden. Das zeigt sich derzeit am Streitobjekt der neuen Uferbefestigung zum Schutz für Hochwasser gegenüber dem Erhalt der Platanenallee am Weserufer. Da stellt sich die Frage: Bei wem liegt die Verantwortung, wenn das sich mangels Uferschutz austobende Hochwasser am Ende auch die zuvor geschützten Platanen entwurzelt? Der aktuell kurzfristige Interessenkonflikt sollte durch den Blick auf die Interessen künftiger Generationen entschärft werden.

In diesem Frühjahr bietet die demokratische Verfassung Bremens die verfassungsrechtlich gewollte Möglichkeit, mit der Wahl der Bürgerschaft die Karten neu zu mischen. Der Wahlkampf dazu bietet die Chance, Lösungen zu den großen Themen zukunftsfähige Wirtschaftskraft, ökologischer Umbau und vor allem Kampf gegen die Armut voranzutreiben. Dazu gehört auch die Bilanz der

bisherigen Regierung, die nicht nur in der Corona-Krise trotz großer Belastungen Erfolge erzielen konnte. Der Wahl zur Bürgerschaft bietet die Chance zu klären, welche Partei es nicht nur anders, sondern besser macht. Auf jeden Fall wäre es der größte Erfolg der Bürgerschaftswahl, diejenigen abzuwehren, die die Demokratie dazu nutzen, um diese abzuschaffen. ----